

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

154 (7.7.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postfachhalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., halbjährlich 9.00 M., jährlich 17.00 M., durch die Post 1.74 M. bezgl. 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 7-12 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile ab. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: 349 vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt. & Cie., Karlsruhe.

Demobilisierung in Frankreich.

Paris, 5. Juli. Die französische Kammer verhandelte gestern über einige Interpellationen betr. die Demobilisierung. Der Unterstaatssekretär für die Demobilisierung erklärte, die Regierung werde vom 9. Juli ab die schleunige Demobilisierung sämtlicher Reserveklassen vornehmen, so daß vom 20. Oktober nur noch drei Jahressklassen aktiv, nämlich die Jahressklassen 1917/18 und 19 im Dienste sein würden. Die Kammer nahm eine Tagesordnung Durand mit 306 Stimmen an, die eine schnelle und ununterbrochene Demobilisierung verlangt, wovon die Tagesordnung Auzanar, der verlangte, daß die Demobilisierung am 30. Dezember beendet sein soll. Im Laufe der Debatte erklärte Abg. Boncet, die polnische Frage dürfe kein Hindernis für die Demobilisierung sein, denn Frankreich könne die Freiheit Polens nicht mit dem Blute seine Söhne erobern.

Die wirtschaftlichen Nöte in Frankreich.

Aus Basel wird uns geschrieben: Ueber die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz stellt dieser Tage Prof. Gustav Blondel aus Paris einen Vortrag in Basel, in welchem er dem Basler Publikum zeigen wollte, warum mit dem Ausbruch des Krieges die Hindernisse, welche sich dem Handel und Verkehr allseitig entgegenstellten, nicht mit einem Schläge beseitigt werden können, sondern noch eine Zeit lang fortbestehen müssen. Der Vortragende verwies auf die ungeheuren Opfer an Menschen, welche der Krieg gekostet hat und nun sei anstelle der Ueberproduktion, die allenthalben und namentlich in Deutschland herrschte eine Periode der Unterproduktion getreten, gleichzeitig aber ein Ueberverbrauch aller notwendigen Bedarfsartikel für das menschliche Leben. Es sei nun eine der ersten Aufgaben, die notwendigen Lebensstoffe wieder herzustellen. Mit großem Nachdruck verweist der Vortragende darauf, mit welcher großen Schwierigkeiten Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete zu kämpfen habe, denn die zehn vom Feinde besetzten Departements machen zwar ein Achtel der Bodenfläche des Landes aus, aber sie stellen nicht weniger als 40 Prozent der Produktivität der französischen Volkswirtschaft dar. Professor Blondel kam auch auf die Rhein-Schiffahrt zu sprechen und bemerkte, daß das Fehlen von jährlich 24 Millionen Tannen Kohlen durch Wasserkräfte ersetzt werden müssen und darum könne Frankreich auf die Nutzvermehrung des Rheines von Basel bis Straßburg nicht verzichten, auch auf die Gefahr hin, daß die Rhein-Schiffahrt auf viele Jahre schwer beeinträchtigt würde; die Schweiz werde sich mit dieser unüberleglichen Tatsache abfinden müssen und dürfe deshalb den Franzosen ihr bisheriges Wohlwollen auf die Folge nicht vorenthalten.

Die Lebensmittelunruhen in Italien.

Amsterdam, 5. Juli. Laut telegraphischer Meldung teilt die „Times“ aus Mailand mit: Die Erregung der Bevölkerung über die Teuerung breitet sich von den Distrikten Romagna, Emilia, und Toscana allmählich über die anderen Provinzen aus und hat hier und da zu ernstlichen Unruhen geführt. In Romo la bei Bologna wurden drei Personen getötet und viele verwundet. Die Gewalttätigkeiten und Unruhen nahmen in der Romagna und Emilia einen sehr ernstlichen Charakter an. Die Macht ging nahezu vollständig in die Hände der sozialistischen Kräfte und der revolutionären Vereinigung über. Sie haben die Kontrolle über den Verkauf von Lebensmitteln übernommen. Agenten dieser Vereinigung mit roten Binden um den Armen haben auf dem Wege nach der Stadt Kosten gefordert, halten die Bauernwagen an, setzen die Lebensmittelpreise fest und beaufsichtigen den Markt. Diese Agenten nehmen auch alle Automobils, die sie aufstreifen können in Beschlag, begeben sich damit auf das ganze Land und requirieren überall. Die Preise sind ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt. Alle Bevölkerungsklassen unterstützen die Bewegung.

Spannung zwischen China und Japan.

Stockholm, 5. Juli. Wie „Aften Tidningen“ aus Paris erzählt, hat die Weigerung der chinesischen Friedensdelegation, den Frieden von Versailles zu unterschreiben, die Spannung zwischen China und Japan sehr verstärkt. In ganz China wird gegenwärtig ein Panik gegen japanische Waren organisiert, wobei sich der Süden und Norden einig zeigen. Es scheint in China eine nationalistische Bewegung zu herrschen, die niemals vorher einen so großen Umfang erreicht hat. Baron Goto, Mitglied des japanischen Rates für auswärtige Angelegenheiten, ist in besonderem diplomatischem Auftrage in Paris eingetroffen.

Waffenstillstand im Baltikum.

Berlin, 5. Juli. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Moskau teilt mit: Am Donnerstag Mittag ist an der

lettlandischen Front ein Waffenstillstand in Kraft getreten, der die militärische Lage eingehend regelt. Alle Feindseligkeiten sind eingestellt. Die letzten deutschen Truppen, die noch in Lettland stehen, verlassen Riga bis zum Nachmittag des 5. Juli und das ganze Land so bald wie möglich. Eine Vorwärtsbewegung dürfte nur noch im Nothalle entbrechend den Friedensbedingungen gegen bolschewistische Truppen stattfinden. In Riga bleiben geringe Wachen zur Durchführung des Abtransportes deutschen Heeresgutes.

Verhärfung der Aufenthaltbedingungen in der Schweiz.

Bern, 5. Juli. Nach einer Meldung der Schweiz. Dep. Agentur steht ein neuer Gesetzentwurf des Bundesrates bis zu einer Neuordnung der Einbürgerungsregelung verhärfte Aufenthaltbedingungen für die Einbürgerungsbewerber vor. Diese müssen im Laufe der dem Gesuche vorausgehenden 12 Jahre während wenigstens 6 Jahre, davon nur ein Jahr unmittelbar vor Einreichung des Gesuches in der Schweiz tatsächlich gewohnt haben. Ueber die Gesuche von Vererber, die erst seit Kriegsausbruch in der Schweiz wohnen, wird nach Erledigung des Gesetzentwurfes entschieden werden.

Die neuen Preisanschläge für Kohlen.

Essen, 6. Juli. Die heutige Versammlung der Preisbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes beschloß aufgrund der vom Reichswirtschaftsminister festgesetzten Höchstpreise, die Höchstpreise wie folgt gegenüber den Marktpreisen zu erhöhen: Steinkohle allgemein um 6 bis 10 Mark, Ruhkohle um 6,70 Mark, geringwertige Sorten um 1,70 Mark; Koks allgemein um 8,50 Mark, Brechkoks I-III um 10,20 Mark, einstückliche Kohlen und Umkohle, allg. 16. Juli, Brekkoks um 2,45 Mark ab 1. Juni, um 7,25 M., ab 16. Juni, um 9,10 M. ab 1. Juli. Die stufenweise Erhöhung der Brekkolpreise wurde infolge der Kohlenpreiserhöhungen und einer irrtümlichen deshalb wieder aufgehoben. Festsetzung von Brekkol-Höchstpreisen notwendig. Die Versammlung beschloß ferner, von diesen Erhöhungen 2 Mark auf die Tonne dem Ausgleichsfonds zuzuführen, dem mitteln einstücklich des früher beschlossenen Beitrages 12 Mark auf die Tonne zuzuführen.

Die Lage im Eisenbahnstreit.

Berlin, 5. Juli. Nach den heute im Ministerium der öffentlichen Arbeiten vorliegenden Meldungen sind die Eisenbahnarbeiter im Bezirke Hannover nunmehr sämtlich in den Zustand getreten. Der Streik wird notwendig unter großen Einschränkungen aufrecht erhalten. In Frankfurt a. M. ist die Lage im wesentlichen unverändert. Ueber die Forderungen der Ausständigen ist man bisher an amtlicher Stelle noch nicht unterrichtet. Die Bezirke Magdeburg und Elberfeld sind ruhig. In Oberhessen scheint man neuerlich eifrig zu agitieren, doch ist eine Neigung zu einem Streik unter den Eisenbahnern bisher nicht festzustellen. Aus anderen Bezirken liegen bisher keinerlei andere neue Nachrichten vor.

Die aufstrebenden Plakate der Kommunisten, die während der Berliner Eisenbahnstreiks hier verbreitet worden sind, sind jetzt wie die Morgenblätter meilen, in besonderen Lagern von der Polizei beschlagnahmt worden. Dabei wurden Schriftstücke aufgefunden, die deutlich erkennen lassen, wie viel die Kommunisten für die Verbreitung des Streites aufgewendet haben. Aus den aufgefundenen Briefschaften und Belegen geht hervor, daß allein 600 000 M. hieraus aus ungarischen Quellen stammen.

Infolge der Ausbreitung des Streites wachen die Verkehrsstörungen zwischen Nord- und Süddeutschland. Nördlich von Heidelberg und Mannheim verkehren seit zwei Tagen keine Züge mehr nach Frankfurt. Infolgedessen trifft in Baden keine Post aus Norddeutschland ein.

Wer war es?

Aus Heidelberg schreibt man uns: In der Nummer vom 28. Juni bringt der „Reit Karisten“ einen Artikel eines Herrn de Maigère, der von angeblichen persönlichen Eindrücken von Mannheim und Heidelberg handelt. Darin behauptet der Herr, auf dem Weg zum Heidelberger Schloß einen Professor der Chemie getroffen zu haben, der im Gespräch geäußert habe, den Friedensvertrag würden wir nicht halten, und in drei Jahren würden wir wieder losgehen.

Wer die Journalistik der Romane einigermaßen kennt, der weiß, mit welcher Virtuosität phantastische Reporter Gespräche zu erfinden oder zurückzuführen pflegen. Die völkerverehrende Tendenz dieses Artikels ist ja offensichtlich, und sie ist um so beachtenswerter, weil dem „Reit Karisten“ Beziehungen zum französischen Ministerium des Auswärtigen nachgesagt werden.

Daß ein deutscher Chemieprofessor solche völkerverehrende Gedanken geäußert haben sollte, ist kaum zu glauben. Da er aber deutlich genug bezeichnet ist, so möge er sich dazu äußern, oder aber es mögen die betreffenden Herren — es handelt sich ja nur um einen ganz kleinen Personenzreis, der in Betracht kommt, eine Erklärung abgeben. Also heraus mit der Sprache!

Solidarität.

Karlsruhe, 7. Juli.

Das tiefste Weien des Sozialismus offenbart seine Lehre von der Solidarität. Sie ist nicht nur eine Sache des Bestandes, sondern innerster Kern des proletarischen Ehrgefühls. Es gab keinen ängeren Schimpf für den Arbeitsmann, als Streikbrecher, Vortäter an seinen Klassenbrüdern zu sein. Solidarität ist der Anfang und das Ende des Sozialismus überhaupt, ist seine Voraussetzung und sein Ziel. Die Kämpfe mit dem Kapital, die die klassenbewußte Arbeiterkraft im letzten halben Jahrhundert durchgefochten hat, bilden ein einziges großes Heldenepos der Solidarität. In dieser Tugend spürt der Proletarier die Wurzel seiner Kraft, und ihre Aufgabe ist gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des gesteckten Ziels.

Wenden wir aber in die Vergangenheit, und die Gegenwart, so kommen wir zu dem etwas resignierten Schluß, daß der solidarische Gedanke infolge Unverständnis und Mißachtung in den breiten Massen noch nicht so durchgedrungen ist, als es notwendig gewesen wäre. So zeigte der Ausbruch des Krieges, daß seine internationale Aufgabe mehr ein Wunsch, als ein fester sieghafter Wille war. Ja, alle realen Vorbedingungen seiner Tatverdingung fehlten, mußten sie die sozialistischen Parteien den nationalen Bedingungen bis zu dem Grade unterwerfen, der eine Wiederaufnahme der gemeinsamen Aktion nicht den Weg verlegte. Aber auch innerhalb der Partei war der Solidaritätsgedanke nicht so fest verankert, als man annehmen konnte. Die Geschichte seiner Partei bringt Beispiele einer derartigen Erbitterung, wie sie innerhalb der letzten drei Jahre in den Auseinandersetzungen der Partei zum Ausdruck kam. Das mangelnde Solidaritätsgedühl, die Verachtung des demokratischen Prinzips in der Parteigemeinschaft, die zur Spaltung mit ihren unauflösbaren Folgen führten, sind die Ursachen der erblichen Belastung der Revolution, die Ursachen davon, daß sie bei weitem nicht die Erfolge zeitigen konnte, die sie unter anderen Umständen erreicht hätte. Wieviel weiter wären wir, wenn ein einziges geschlossenes Proletariat die gigantischen Forderungen der Zeit übernommen hätte, wieviel sicherer wäre der sozialistische Gedanke Gemeingut des Volkes geworden. Man täusche sich doch nicht darüber, daß die entscheidende und ausschlaggebende Masse des Volkes am 9. November eine akzeptierende Stellung einnahm, wer aber möchte behaupten, daß die Ereignisse nach der Revolution pünktig für die Idee des Sozialismus wirkten hätten. Der Bruderkampf, die Selbstzerfleischung, geführt mit den Mitteln brutaler Gewalt legten ein schlechtes Zeugnis für die Harmonielehre unserer Ueberzeugung ab.

Das Verhalten der Unabhängigen und Kommunisten bildet heute noch einen klaren Gegensatz an den alten Zielen. Ihr Krieg ist weniger ein Kampf gegen den Kapitalismus als einer gegen die eigenen Klassenbrüder, kein Krieg gegen uns sondern gegen die Selbstverleumdung des Volkes. Der Sozialismus jagte die Bereitwilligkeit der großen Mehrheit des Volkes voraus, ohne die wird er zu einem Experiment das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Wahre Sozialdemokraten nehmen den Sozialismus für ernst, um ihn durch leidenschaftliches Experimente für immer zu diskreditieren. Sozialismus bedeutet auch Solidarität mit dem Volke, verbunden und verpflichtet dem Wohl des Ganzen. Die linksradikalen der Revolution zur vollkühnlich un sinnigen Lohnbewegung gerade jenes Elend heraufbeschwört, dem der Sozialismus entgegenwirken muß. Wenn sie das nicht wissen, so sollen sie sich erst einmal mit dem WDC sozialpolitischen Erkenntnis besinnen, ehe sie in unverantwortlicher Weise dem Volke die bittere Reize schlummer Erfahrungen kosten lassen.

Die heutige Regierung, gewählt durch das freieste und demokratischste Wahlrecht der Welt, ist die Beauftragte des Proletariats, das die überwiegende Mehrheit des Volkes darstellt. Der politische Streik, an dessen Inzenerung die Kommunisten jetzt alle Kräfte wenden, bedeutet Anwendung von Gewalt gegen das Recht. Kein sozialdemokratischer Arbeiter darf sich dazu hergeben, aus mißverstandener Solidarität in einer Minderheit die solidarische Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit und der eigenen Genossen zu verraten, sonst kommt eine Schuld über sein Haupt, deren Einsicht zu spät kommt, wenn sich die Folgen einstellen. Solidarität beruht auf Gegenseitigkeit und da die Kommunisten die ersten sind, die sie in fanatischer Blindheit aufheben und verraten, so haben sie kein Recht auf Solidarität. Bedeutende Anzeichen sprechen dafür, daß die unklare Revolutionsideologie bereits jener näheren gebildeten Einsicht weicht, die bisher der Stolz der sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen ist. In dieser Stunde ist es an den Genossen, zu beweisen, ob ihre politische Schulung oder kurzfristige fanatische und mit der Gewalt liebäugelnde Temperamente die Zeit regieren. Denn was jetzt auf dem Spiele steht, ist alles, was das Proletariat nach an Glück und Zukunft zu verlieren hat!

Mag. Kre...
Vor...
in allen...
Vor...
an Ein...
der Rech...
1919.
en der...
gever...
durch...
vorge...
Spud...
zu...
von...
dau...
wagte...
bor...
mend...
mich...
eiber

hohem untersteht. Die Geschlossenheit und der Zusammenhalt der männlichen und weiblichen Arbeiter sind dringend notwendig. Es liegt nicht in der Absicht der Gewerkschaftsvertreter, daß frauenfeindliche Bestrebungen bei den Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften zum Ausdruck kommen. Wir müssen jede Schädigung der Gewerkschaften verhindern, und eine Schwächung wäre es, wenn das Vertrauen der Frauen zu unierten Organisationen untergraben würde. Wir dürfen dieses Vertrauen nicht erschüttern. Angerufen ist, daß in unseren gewerkschaftlichen Organisationen die Interessen der weiblichen Arbeitkräfte weitest gefördert werden. Diese Interessenvertretung ist vielfach eingetreten, ohne daß sich die weiblichen Arbeitkräfte darum bemüht haben. Vielfach mußten die Männer den Lohnkampf für die Frauen führen. Die Löhne der Frauen liegen wie 2 zu 1. Wir müssen aber den Versuch machen, durchzusetzen, daß die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau beseitigt wird. Gleicher Lohn für gleiche Leistung! muß der Grundsatz sein. Mehr Berücksichtigung der Arbeiterinnen von Seiten der Organisationen muß gefordert werden, so durch Heranziehung in die Leistungen, Vertretungen usw. Einen guten Rat möchte ich geben: man soll Sonderveranstaltungen für die Frauen unterlassen. Diese Sonderveranstaltungen lassen bei den Frauen das Gefühl einer gewissen Minderwertigkeit usw. aufkommen. Die Veranstaltungen für Frauen allein sind gewöhnlich schlecht besucht. Besprechungen sollten in gemeinsamen Versammlungen abgehalten werden. Auch in den Gewerkschaftsblättern soll man nicht besondere Rubriken für die Frauen errichten, die Frauen sollen alles lesen. Die gewerkschaftliche Frauenzeitung, die eine Auflage von 375 000 hat, soll die Nachrichten ergänzen. Mein Ideal ist, alle Sonderveranstaltungen und Sonderveranstaltungen auszuscheiden. Für Männer und Frauen gleiche Rechte und gleiche Pflichten. (Leb. Beifall.)

In der Diskussion wird den Ausführungen der Referentin im allgemeinen zugestimmt. Frau Lönning-Berlin (Fabrikarbeiterin) hält es für dringend notwendig, daß von allen Gewerkschaften mehr als bisher für die Gewinnung der Frauen getan wird. Die Frauenfrage sei vielfach in den Gewerkschaften vernachlässigt worden. Die gewerkschaftliche Frauenzeitung sei nicht das, was sie sein sollte. Den Frauen wäre die Gleichheit genommen worden, ohne daß die weiblichen Mitglieder gefragt worden seien.

Vorstand der Leipziger Gewerkschaften unter Zustimmung des Kongresses, daß nur 6 weibliche Delegierte anwesend sind. Es wird sodann in die Mittagspause eingetreten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde noch längere Zeit über die Frauenfrage debattiert.

Helene Grünberg-Münster trat sehr energisch für die Gleichstellung der Frauen ein. In der eigenen Familie müsse fröhlich die Aufklärungsarbeit beginnen. Der Egoismus der Männer ist zu groß, die Frauen sollten mehr zu den Posten in der Arbeiterbewegung herangezogen werden.

Schulmader-Berlin (Schneider) weist auf die neugegründeten Angestelltenorganisationen hin, die auf dem Standpunkt der Betriebsorganisation stehen. Man müsse diese Organisationen mit dem nötigen Mißtrauen betrachten. Mit der Haltung der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung ist Bedenken nicht einverstanden. Diese habe in einer Weise zu den Streitigkeiten in der Arbeiterbewegung Stellung genommen, die nicht unüberprüfbar bleiben könne.

Stähler-Berlin (Vorf. d. Schneiderverbandes) konstatiert im Gegensatz zu dem Vorredner, daß die gewerkschaftliche Frauenzeitung von den weiblichen Mitgliedern gerne gelesen wird. Ihre Auflage wachse ständig. Außer in Berlin könne eine Abneigung gegen die gewerkschaftliche Frauenzeitung nicht festgestellt werden. Bedenke erjucht um Unterstützung in der Agitation bei den Frauen, besonders bei den Heimarbeitenden. Die letzte Zeit habe Fortschritte auf diesem Gebiete gebracht, weil die Arbeiterinnen sich jetzt freier fühlen als früher.

Frau Köhler-Berlin (Hausangestellte) hebt mit Freude hervor, daß die Revolution die 44 verschiedenen Ausnahmestellen gegen die Hausangestellten beseitigt hat. Sie erjucht die Genossen, für ihre Organisation Agitationsarbeit zu leisten. Auch bei den Hausangestellten gebe es den Aktivistentag einzuführen, man solle in Schichtwechsel arbeiten.

Nach weiteren Ausführungen von Kubert-München und Marie Baus-Hamburg wird ein Schlußakt angenommen.

Der Kongreß stimmt dann folgender Resolution der Referentin Hann zu:

Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erneuert die bereits auf früheren Kongressen gefaßten Beschlüsse, die auf die Notwendigkeit intensiver Agitationsarbeit zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskraft für die gewerkschaftlichen Organisationen hinweisen. Er sieht darin und in der Heranziehung der organisierten Frauen zur tätigen Mitarbeit in den

Gewerkschaften ein Mittel, etwaige Interessengegenstände zwischen Männern und Frauen im Arbeitsverhältnis auszugleichen und den Frauen eine dem Werte ihrer Leistungen entsprechende Vergütung zu verschaffen. Das Birken für gleiche Vergütung von Männer- und Frauenarbeit bei gleicher Leistung erscheint dem Kongreß selbstverständlich. Der Kongreß anerkennt das Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihrer Eigenart sowie ihren Fähigkeiten entsprechen. Er macht den Gewerkschaften zur Pflicht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften, frauenfeindliche Bestrebungen nicht zur Geltung kommen.

Weiter wird einer Entschließung zugestimmt, nach der die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, ihre tätigen Familienmitglieder den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen. Ueber den Punkt:

Die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und

Die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte referierte Leppert-Berlin: Das Programm lautete bisher kurz und bündig, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Hebung der geistigen und materiellen Lage der Arbeiter. Wir wollen auch heute ein eigentliches Programm aufstellen, ich will nur Richtlinien geben. Nach der Revolution glauben manche, die Gewerkschaften seien jetzt überflüssig geworden, die Arbeiterklasse habe jetzt schon alle Macht in Händen. Sie vergaßen die Lehre, daß die Verwirklichung der Demokratie die erste Voraussetzung für die Durchsetzung des Sozialismus ist. Heute ist eine gewisse Ernüchterung in den Kreisen dieser allzu Optimismus-erregten. Man ist unzufrieden mit den geringen politischen Erfolgen der Revolution. Die politische Demokratie ist erst zum Teil durchgeführt. Die schweren Folgen des Krieges, aber auch die Zersplitterung der Arbeiterklasse sind schuld daran. Wir, die Gewerkschaften, müssen dazu helfen, diese Luft zu überbrücken. Auch wir sind mit dem Erreichten nicht zufrieden. Die Revolution muß fortgesetzt werden. Die Demokratie muß fruchtbar durchgeföhrt werden in Gesetzgebung und in Verwaltung. Diese Entwicklung muß nicht nur in den Reihen der Revolution, sondern auch — wenigstens in das meine Meinung — auf dem Wege der Revolution weitergehen. Und zwar mit aller Kraft. Nicht nur die politischen Parteien haben die Revolution vorgearbeiten, sondern auch die Gewerkschaften. Unsere Arbeit war stets und ist heute noch Klassenkampf und nichts anderes. Wir sind von Erfolg zu Erfolg geföhrt. Vor Ausbruch der Revolution waren wir daran, eine Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern zu bilden. Als die Revolution ausgebrochen war, stellten wir andere Forderungen als zuvor, darunter die Durchführung des Achtstundentags. Am 12. November kam dann eine Verabredung zustande, in der unsere Forderungen Rechnung getragen worden ist. So haben wir uns bei der Revolution auszeichnen lassen! Immer hätte das gedauert, daß es dem Einfluß der Gewerkschaften gelingen würde, die Unternehmung so schnell zur Durchführung des Achtstundentags zu bringen! Erst als diese Forderung erfüllt war, wird wir auf die Arbeitergemeinschaft zurückgekommen. Ueber die Frage der Betriebsräte hat es bei uns keine Einwendungen gegeben. Der Gedanke der Betriebsräte ist ja nicht neu, er ist so alt, wie wir Gewerkschaften haben. Die Betriebsvertrauensmänner haben immer die Grundlage unserer Organisation gebildet. In allen Betrieben sollen Betriebsräte geschaffen werden und ihre Pflichten und Rechte sind schon jetzt in den Kollektivverträgen aufzunehmen. Wir wollen nicht warten bis eine gesetzliche Regelung durchgeführt wird. In jedem dem Vertrag unterstehenden Betrieb mit mindestens 20 Beschäftigten ist aus den Reihen der über 18 Jahren alten Arbeiter und Arbeiterinnen ein Betriebsrat in gleicher Zahl zu wählen. Der Betriebsrat soll das Recht haben, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiter beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat. Der Betriebsrat soll den schwachen Arbeitern Schutz bieten, bei Verhandlung der Lohnfrage mitzuwirken, bei Schlichtung von Streitigkeiten zuerst gehört werden u. a. m. Das soll auf dem Wege freier Vereinbarung schon jetzt durchgeführt werden. Es brauchen nicht alle Arbeiterangelegenheiten durch den Parlamentarismus geregelt zu werden, es soll auch freie Betätigung vorhanden sein.

Die Betriebsräte sollen die Vertreter der Betriebe sein. In den Gemeindegemeinden oder größeren Wirtschaftsbetrieben sollen die aus Unabgaben mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsgewerkschaften ihnen gleichgestellten Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitlicheren ökonomischen Gewerkschaftskategorie übernehmen. Wir denken uns die Arbeiterräte so ausgestaltet, wie uns früher die Arbeitsräte vorgezeichnet haben. Außer den ökonomischen Arbeitervertretern sollen Arbeitervertreter für größere Bezirke und für das Reich auf

Grund von Unabgaben nach dem Verhältnismäßigem berufen werden. Diese sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsborgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Befehlsentwürfe ausarbeiten und begutachten.

Darüber hinaus können wir nicht sehen, das kann nicht Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein. Die Aufstellung eines Programms für die politische Tätigkeit der Arbeiterkräfte ist nicht unsere Aufgabe. (Sehr richtig.) Wir sagen nur, daß sie bei der gesamten Regelung der Produktion mitwirken sollen. Alle die guten Willens sind, sollen dabei mitarbeiten, auch die Kräfte der Betriebsleiter sollen herangezogen werden. Soll die Sozialisierung durchgeführt werden, können dieses die Arbeiter nicht allein machen. Die Gewerkschaften können nicht selbst Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Sie sollen auch weiterhin die reinen Arbeiterinteressen wahrnehmen. Auch im Zeitalter des Sozialismus sind die Gewerkschaften nicht zu entbehren und müssen das Streikrecht haben. Allerdings, wir wollen keine Streikvereine sein, das Mittel des Streiks muß das letzte sein, was angewendet wird. Ich bin gegen jede Verkleinerung der Sozialisierung. Und die Gewerkschaften erheben in der Sozialisierung, im Sozialismus die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Die Betriebsräte werden ihre Aufgaben nicht erfüllen können, ohne Hilfe der Gewerkschaften. Dazu müssen die Gewerkschaften mit allen Kräften gestärkt werden. Wir müssen mit harten und besorgenden Wirtschaftskämpfen rechnen. Deshalb dürfen wir nicht nur rückwärts schauen, sondern nach vorwärts unsere Kräfte anspannen. In vielen Betrieben werden jetzt zentrale Tarifverhandlungen geführt. Eine Nebenarbeit steht bevor! Es muß dabei noch einheitlichen Grundrissen, einheitlichen Schemen verfahren werden. Die zähe und endlose Durchsetzung unserer Ziele: das ist die richtige, gute, fruchtbarste Sozialistentätigkeit. Diese Tätigkeit auch in der Zukunft darzulegen in Gemeinschaft mit den Betriebsräten, das muß auch die zukünftige Wirksamkeit der Gewerkschaften sein. (Starker Beifall.)

Der Redner legt längere Richtlinien im Sinne seiner Ausführungen vor, die von der Vorstandskonferenz beschlossen worden sind. Die Verhandlungen werden dann auf Donnerstag verlagert. Morgen wird zunächst ein Sekretariat entgegengenommen.

Baden.

Zur Lebensmittelversorgung.

Die Vorgänge der letzten Tage in Mannheim, Berlin, Kassel usw. zeigen, welchen Grad die Erbitterung der Bevölkerung wegen der ständigen Verteuerung und der unzulänglichen Versorgung mit Lebensmitteln erreicht hat. Nach den Gründen hierfür zu suchen, wird nicht allzu schwer sein. Von Seiten der Regierung wird immer wieder behauptet, daß alles getan wird, um die Lebensmittelversorgung zu heben und zu bessern. Verordnungen ergehen über Beschränkungen, aber Beförderung ist bis jetzt nicht zu spüren. Bürokratismus genug, aber wenig zu essen. Was an Verbesserung erreicht wird, geschieht immer auf Kosten der Verbraucher, der unermessliche Prodigat wird für seine Verdienste mit Preisserhöhungen belohnt. Jetzt ist alles „Junke“, alles schreit, wie es einst jene vom alten Preußen taten und sie werden auch belohnt wie jene. Und wir hatten doch die Revolution! Im Mai des 19. tagten in Karlsruhe die landwirtschaftlichen Genossenschaften. In jammervollen Tönen wurde das Elend der Landwirtschaft verurteilt. Am Tage vorher in der Generalversammlung der landwirtschaftlichen Kreditkassen verurteilte aber deren Direktor, daß soviel Geld in den Kassen sei, daß dessen Unterbringung bald nicht mehr möglich sei. Auch das persönliche Auftreten der Landwirte zeigt von ihrer zunehmenden Wohlhabenheit. Von dem in jenen Tagen betonten Wohlwollen und gesteigerten Arbeit zugunsten der Stadtbewohner ist ganz wenig zu bemerken. Immer und immer wieder wird von der Annäherung und dem Zusammenwachsen von Stadt und Land gepredigt. Auch der Staatspräsident Geiß kam im Landtag auf die Einheit des Volkes zum Wohle des Vaterlandes und das treue Zusammenarbeiten zu dessen Wiederaufbau zu sprechen. Ist dies aber unter diesen Verhältnissen möglich? Wir glauben es nicht!

Schuld ist in erster Linie das jetzt bestehende Aufkaufsystem. Die Kommunalverbände schiden ihre Aufkäufer hinaus, die immer höhere Preise bezahlen müssen, als vorgeschrieben, um nur etwas einzukaufen zu können. Sind Lebensmittel dann zu überhöhen Preisen erworben, so kommen noch die Transport-, Lager-, z. B. Kosten, Speise- und Verlust usw. hinzu, so daß sie wegen ihres hohen Verkaufspreises, von der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr gekauft werden können. Darum muß das System geändert werden. Es handelt sich nicht nur darum, daß Lebensmittel überhaupt beschafft werden, sondern daß sie auch preiswert sind. Man prüfe daher folgenden Vorschlag:

Baden wird in mehrere Bezirke mit je einer großen Stadt eingeteilt. In jeder Gemeinde gibt ein Beauftragter, an dem alle Produkte abzuliefern sind und der dieselben zu festgesetztem Höchstpreis kauft. Von hier aus gehen die Sammlungen per Achse oder Bahn direkt an den Verbrauchsort oder an ein Zentrallager, von wo die Verteilung an die Verbrauchsorte vorgenommen wird. Die Bahn nimmt keine Lebensmitteltransporten zu. So bleiben die Produkte im Lande und können nicht von fremden Aufkäufern verteuert werden. Hat der Landwirt aber kein anderes Absatzgebiet, — denn alles selbst zu kontaminieren geht wohl auch nicht an — so muß er seine Produkte an den Beauftragten abgeben und die Befehlskommunen erhalten die Lebensmittel aus erster Hand mit geringem Aufschlag für Anfristen. Die Bürgermeister müßten verpflichtet werden, den amtlichen Einfuhr zur Seite zu stehen, denn das Dorfhaupt kennt doch keine Einwohner und aus den Katastern auch die Anzahl der vorhandenen Viehbestände. Durch beiderseitige Kontrolle könnte das Schleichhandelsumwesen eingeschränkt und das Schwarzschlachten unterbunden werden. Gegenüber renitenten Bürgermeistern oder Gemeinden wird die Regierung wohl Mittel an der Hand haben, um sie zur Erfüllung ihrer Pflichten zu veranlassen.

Es sind ja schon viele Vorschläge auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gemacht worden, deren Verwirklichung aus diesem oder jenem Grunde unterblieb oder nicht vorgenommen werden konnte. Der hier gemachte Vorschlag eines Parteigenossen scheint uns jedoch sehr beachtenswert, wir möchten ihn deshalb der Regierung zur Prüfung empfehlen.

Der badische landwirtschaftliche Verein hat am 30. Juni in Karlsruhe seine Landesversammlung abgehalten, die von Vertretern aus allen Landesgebieten besucht war. Die Tagesordnung, deren wichtigste Punkte die Satzungsänderungen, der Abschluß eines Abkommens mit dem Genossenschaftsverband und die Neuwahlen bildeten, wurde in einer vierstündigen Sitzung erledigt. — Der Vorstand setzt sich nach der Neuordnung der Satzungen aus dem Präsidenten und seinen zwei Stellvertretern, die der Landesversammlung zu wählen hat, und 15 avertreten, die durch die Gauausschüsse gewählt werden zusammen. Der Entwurf eines Abkommens mit dem Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen das den Warenbezug regelt, wurde mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen. Die Neuwahl nach den abgeänderten Satzungen hatte das Ergebnis, daß der bisherige Präsident, Herr Geheimrat Salzer-Karlsruhe, einstimmig wiedergewählt wurde, und ebenfalls mit Stimmeneinheit Herr Dekonomierat Württemberg-Eberstein als erster und Herr Dr. Müller-Waghäusel als zweiter Verbandsstellvertreter aus der Wahl hervorgingen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das Gastspiel des Badischen Landes-theaters in Kassel. „Der Weibsteufler“. — Im allgemeinen hat das Kasselener Dramaspublikum nicht viel für Kunst übrig. Am Mittwoch Abend war es aber doch in ziemlicher Menge zum Gastspiel des Kasselener Landes-theaters erschienen, leider in zu großer Menge. Wäre ein Teil von ihm statt in das Drama „Der Weibsteufler“ in die Kinderdarstellung „Wahrheitsmündchen und Lügenmündchen“ gegangen, so wäre es besser gewesen für sie selbst und für das verhängnisvolle Publikum, bei dem sich der Unwille über die Nachahmung dieser Theaterdarsteller oft bis zur höchsten Entrüstung steigerte. Und die drei Künstler haben tatsächlich ihr Bestes gegeben: Artur Schwall als der Mann, Paul Becker als der junge Grenzjäger und Rosa Gottlieb als das Weib. Es war nicht ein Weib, was wir auf der Bühne sahen, es waren zwei, es waren ganz verschiedene Weiber, in jeder Minute eine andere: zuerst mütterlich besorgt um den freien Mann, ohne weitere Ansprüche an das Leben, dann langsam erwachend zur Liebe und zum Leben, schließlich nur noch das Geschlecht verhörend, erschauernd vor der erstickend wirkenden Stärke des Jägers, dann wieder berechnend, nur noch mit dem Gedanken an ein freies Wütenleben im Haus am Markt, und im letzten Akt der vollendete Teufel; es war das Weib in seiner ganzen Unberechenbarkeit und Unergründlichkeit. Man hat das bestimmte Gefühl: es ist Kunst, was Schwall geschaffen hat, und Kunst war es auch, was die Darsteller uns boten. Wir haben nur einen Wunsch: daß sie recht bald wieder kommen mögen; vielleicht einmal es ihnen doch, auch die breiteren Massen in Kassel etwas mehr zur Kunst zu erziehen. Es wird ja immer Leute geben, die von dem Standpunkt ausgehen, daß sie das Recht haben, sich für ihre drei Mark im Theater zu amüsieren, und die sich daher immer die größte Mühe geben, auch dem Drama lustige Seiten abzugewinnen, sonst kämen sie ja nicht auf ihre Rechnung. Aber die Künstler spielen ja nicht für diese Menschen, sondern für den andern Teil des Publikums, der für jeden gebotenen Kunstgenuß desto dankbarer ist. Und im Sinne aller wahren Kunstverehrer bitten wir daher die Kasselener Künstler nochmals: Kommt bald wieder!

Dem Gedächtnis Max Stirners.

(Zu seinem 60. Todestage.)

„Ich hab' mein Sach' auf nichts gestellt.“ Mit diesem Worte beginnt und schließt das radikalste Buch, das je in deutscher Sprache geschrieben ward, „Der Einzige und sein Eigentum“ dessen Verfasser eigentlich Kaspar Schmidt hieß und sich vielleicht dem seltsamen Witz ausliebe „Stirner“ genannt hat. Man hat dies

Wert aus allerhand philosophischen Systemen heraus zu deuten versucht, die einer aus dem „Ich“ hütete, die andern aus dem gemaltigen Gedankengebäude Segels. Und wenn wir den „Stirner“ geistesgeschichtlich betrachten, ist er auch ein echtes Kind des 19. Jahrhunderts mit seinem Herausstellen und Herausarbeiten des Individuums, ohne das die ganze soziale Bewegung eine rein wirtschaftliche geblieben wäre. Fr. A. Lange, der Geschichtsschreiber des Materialismus schreibt, daß das Stirner'sche Buch seinen nennenswerten Einfluß erlangt hätte. Das war der Fall vor etwa 40 bis 50 Jahren. Heute aber sehen wir den „Einzigen“ da und dort auftauchen, es hat sich sogar eine Zeitweise gebildet, die kein Bewußtsein hochhalten. Und was ist dies Bewußtsein? Ist es lediglich ein Buch, das man mit der oder jener philosophischen Effekte versehen neben der Feuerbachschen Religionskritik in seinen Vordruckentwurf stellt, oder das man vielleicht sieht etwa wegen seiner fabelhaft geistreichen Geschichtsbetrachtung, dann zulappt und ad acta legt? Nur Pflichten des Geistes kann es zu geben, nur vorgekommene Klänge auf der ersten Seite schon „entwirft“ zurückzuführen. Wer unbefangen und mit freier Stirn den „Einzigen“ zur Hand nimmt, auf den wirkt er wie ein kaltes Bad in schwüler Sommerhitze. Dies Buch geht nicht so sehr, daß wir jant und janders egoisten sind, es zeigt vielmehr, wie wir egoisten sein könnten bei wirklich rückwärtsgerichtetem Selbstverkenntnis. Oder wie ist folgender Satz anders zu verstehen: „Ich liebe die Menschen auch, nicht bloß einzelne, sondern jeden. Aber Ich liebe sie, weil die Liebe Mich glücklich macht, Ich liebe, weil Mir das Lieben natürlich ist, weil Mirs gefällt. Ich kenne kein „Gebot der Liebe“. Ich habe Mitgefühl mit jedem fühlenden Wesen, und ihre Dualität, ihre Erquickung erquickt auch Mich: Wasen kann ich sie, martern nicht.“ Wie aus dieser Satz sich darstellt, so ist der ganze Stirner zu betrachten. Wohl, er war durch und durch antizipal, übergeugter Anarchist. Aber als Vertreter! Und die Aufgabe der Vernunft ist es, die Extreme zu verneinen, und so können wir jogar Max Stirner in die Gedankenänge des Sozialismus einreihen. Wenn so wie der wahre Sozialismus kein reiner Egoismus und kein reiner Altruismus, vielmehr eine Verknüpfung von Altruismus und Egoismus ist, ein Ausgleich und daher ein Realistisches, so müge uns Stirner auf diesem Wege begleiten, und in diesem Sinne wollen wir seiner gedenken, der vor 60 Jahren arm und verlassen in Berlin farb. Ein so gewaltiger Denker wie Guard Hartmann hat den Philosophen Stirner sehr hoch geschätzt, wir wollen neben ihm noch den Ethiker Stirner hochhalten, weil er uns als einer der Grundpfeiler dient beim Aufbau unserer sozial-ethischen Weltanschauung, wobei uns stets das Gnothi semeton, das „Erkenne Dich selbst“ leiten möge. So bedeute Max Stirner einen wichtigen Markstein auf unserem Wege zur Selbstkenntnis.

x. Durlach, 4. Juli. Man schreibt uns: Mehr Ehrlichkeit im Kohlenhandel ist angelehnt folgenden Vorkalles dringend erwünscht: Der Schreiber dieses hat am Samstag den 28. Juni 6 Zentner Kohlen bezogen. Brieflich empfangen und bezahlt. Beim Verwiegen derselben ist mir das Funktionieren der Dezimalwaage etwas eigenartig erschienen und als ich der Sache auf den Grund gehen wollte, stäubte sich der Arbeiter etwas hiergegen, glaubte aber mir 2 Eisenbahnwaagen geben zu sollen, um mich zu befriedigen. Natürlich ging es mir nicht um 2 Briefe, sondern ums Recht, und als ich dieses gefunden, erhielt ich bei 4 Zentner Briefe 4 Stück Bugabe — vier Stück à 7,5 gleich 30 Pfund — und eine Schaufel Kohlen zur Gewichtsangleichung. Diese Art von Wiegerei ist alles andere, nur kein reelles Geschäftsgehahren und wir hoffen, daß es nicht auch bei anderen Konjumenten schon geübt wurde, jedenfalls werden die Leute gut daran tun, die Genauigkeit der Waage von Fall zu Fall zu prüfen.

Bühl, 6. Juli. Bei einer Zigarrenfabrik in Bühlertal war vor ungefähr 2 Monaten ein großer Posten Zigarren beschlagnahmt und beim Bürgermeisteramt eingelagert worden. Später wurde die Ware an eine Karlsruher Firma verkauft. Am Tage ehe der Zigarren von dem neuen Besitzer abgeholt werden sollte, fuhren beim Karlsruher Leute vor, die sich als Beauftragte des Karlsruher Käufers ausgaben, sich den Zigarren geben ließen und ihn fortzuschaffen. Wohin er gekommen ist, ist noch unbekannt.

Achern, 6. Juli. Der Direktor der Penderischen Lehranstalt, Herr Dr. Schindler, kann sein 25jähriges Jubiläum als Leiter der bekannten Anstalt in Sachbach begehen. Auf seinen Wunsch wird jede Feier mit Rücksicht auf die ernste Lage unseres Vaterlandes unterbleiben.

In den Mauern der Militärjustiz. Zu der von uns in der Nr. 143 vom 24. Juni unter vorstehender Ueberschrift gebrachten Aufschrift wird uns vom Generalkommando des 14. Armeekorps geschrieben: Es ist keineswegs richtig, daß „revolutionäre Soldaten“ soll doch wohl allgemein Soldaten bedeuten, nur dann gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie sich nach dem Reichsstrafgesetzbuch schuldig machen. Das Militärstrafgesetzbuch mit seinen in der letzten Zeit gemilderten Strafbestimmungen ist ein Reichsgesetz ebenso wie das Reichsstrafgesetzbuch. Solange das deutsche Reich als solches besteht, kann dieses Gesetz nur durch ein neues außer Kraft gesetzt werden. Dies ist bis heute nicht geschehen, und es können daher nach wie vor Militärpersonen, auf welche das M.St.G.B. überhaupt Anwendung findet, nur im Sinne der Strafbestimmungen des M.St.G.B. abgeurteilt werden und zwar nicht nur während ihrer Zugehörigkeit zum Heere, sondern auch gemäß § 10 der Militärgerichtsordnung nach ihrem Ausscheiden. Es bleibt in letzterem Falle die Zuständigkeit der Militärgerichte unberührt bestehen. Bezüglich der Zusammenziehung der Kriegsgerichte braucht nur auf den Inhalt der Verordnung vom 5. Dezember 1918 verwiesen zu werden, nach welcher die Kriegengerichte in freier Wahl von den Soldatenräten bezogen Vertrauensleuten gewählt werden und bei der Aburteilung über Schuld- und Straffrage die gleichen Befugnisse haben, wie die juristisch vorgebildeten Berufsrichter. Was über die Amtsführung der Richterinnen können auf eingehende Prüfung und nötigenfalls gründliche Abstellung vorkommender Verstöße rechnen. Allgemeine Klagen über „die Herren Kriegsgerichte“ in Zeitungsausschnitten sind allerdings nicht geeignet, die Grundlage für Untersuchungen zu bilden. Dazu ist erforderlich, daß den verantwortlichen vorgelegten Stellen das ganze Material zur Verfügung gestellt wird.

Uns dünkt fast, daß die berichtende Stelle den betreffenden Artikel in der Nr. 143 gar nicht gelesen hat, denn wir besprechen dort einen ganz bestimmten Fall, wir stellen fest, daß ein Soldatenratsmitglied vom Offizier in Gernsbach verhaftet worden sei, aber von seinen Kameraden wieder befreit wurde. Dazu sagt das Generalkommando nichts. Nach obigen Ausführungen würden wir uns nicht wundern, wenn das Generalkommando um auch auf Grund des Militärstrafgesetzbuchs Klage gegen die Soldaten des 9. Noebers erheben würde, weil diese doch damals „angehört“ haben, was laut M.St.G.B. nicht erlaubt ist. Ja, es möchte sicher wohl gern — wenn es eben keinen revolutionären Soldaten und Arbeiter gäbe! — im übrigen wird wohl unser Berichtshalter über die Vorgänge in Gernsbach uns weiteres berichten.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 6. Juli.

Eröffnung der Sitzung nach 2 1/2 Uhr.
Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages.

Besetzung der Verfassungsberatung.

Bei der Weiterberatung der Verfassungsvorlage wurden die Artikel für das Amt des Reichspräsidenten im allgemeinen in der Kommissionsfassung angenommen bis auf Art. 41, über den später namentlich abgestimmt wird. Die deutsch-nationale Fraktion hatte den Antrag gestellt, dem Reichspräsidenten die Bezeichnung „Reichsruhr“ zu geben. Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung des Hauses. Die Amtszeit des Reichspräsidenten wird auf 7 Jahre festgelegt. Angenommen wurde ein Antrag, wonach jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat wählbar ist, während die Bestimmung des Entwurfes: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“, abgelehnt und einem Reichsgesetz überwiesen wurde.

Bei Art. 45 befristet Art. Dr. Heine (D. Rp.) einen Antrag seiner Partei auf andere Formulierung. Die Bestimmung über den Wählerbund muß gestrichen werden.

Ein Antrag Gröber (Rr.) will gleichfalls die Bestimmung über den Wählerbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen.

Hg. Katenstein (Soz.) bittet, die Anträge abzulehnen. Wenn unsere Feinde der Idee des Wählerbundes untreu geworden sind und eine Koalition zur Vergewaltigung Europas beschlossen haben, so haben wir es gewiß nicht nötig, ihnen auf dem Wege zu folgen.

Abg. Debrink (D.N.): Der Vorschlag betreffend den Wählerbund muß im Interesse des Volkes gestrichen werden.

Der Antrag Heine und der Antrag der Unabhängigen werden abgelehnt, der Antrag Gröber wird angenommen.

Art. 45 wird in der Fassung des Ausschusses unter Streichung des Absatzes über den Wählerbund angenommen.

Art. 46 und 47, bei denen jedesmal die Unabhängigen Streichung beantragen werden überändert angenommen.

Art. 48 bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung über den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der betroffenen Macht anhalten.

Hg. Katenstein (Soz.) begründet einen Antrag, wonach der Reichspräsident verpflichtet sein soll, unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einzuholen und seine Maßnahmen nur treffen kann, unter der Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums.

Reichskommissar Dr. Preuß: Alle Parteien die Herr Katenstein wünscht, sind eigentlich in der Verfassung schon enthalten.

Abg. Dr. Heine (D. Rp.): Wir wollen eine möglichst starke Regierung und deshalb lehnen wir den Antrag Katenstein ab.

Abg. Koch-Hassel (Dem.) spricht sich gleichfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag aus.

Hg. Dr. Gohn (U.S.) bittet, den ganzen Artikel 48 zu streichen, aber wenn er bestehen bleiben soll, wenigstens den Antrag Katenstein anzunehmen.

Art. 48 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Darauf folgt die Abstimmung über Art. 41 (gestern ausgelegt).

Vorher begründet Abg. v. Schulze-Gaeverniß einen Antrag, statt Reichspräsident zu sagen Reichsruhr.

Der Antrag wird abgelehnt.

Nach dem Antrag Siehr (Dem.) beschließt das Haus, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist, jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.

Damit entfällt die Formulierung des Entwurfes und der deutsch-nationale Antrag.

Die Bestimmung des Entwurfes: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält“, wird abgelehnt und damit dem Reichsgesetz über die Präsidentenwahl überwiesen.

Angenommen ist Ministerpräsident Bauer am Ministerlich erschienen.

Die gestern zurückgestellte Abstimmung über Artikel 38 ergibt die Annahme in der gestern vom Abg. Blas begründeten juristischen Formulierung.

Bei Art. 49 beantragen die Unabhängigen Streichung.

Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Deutsch-Nationalen, Demokraten, Deutschen Volkspartei schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die „nötigen Maßnahmen trifft, erforderlichenfalls mit Hilfe der bemanneten Macht eingreifen kann“, sowie den Zusatz „bei Gefahr im Verzuge, kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen“.

Hierzu beantragt Abg. Katenstein (Soz.) hinter auf Verlangen des Reichspräsidenten zu setzen „oder des Reichstages“.

Hg. Dr. Gohn (U.S.): Der Art. 49 würde einen Rechtszustand schaffen, der hinter dem von 1848 zurückbliebe.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch Herr Dr. Gohn könnte ohne den Belagerungszustand nicht auskommen. Das haben seine Parteifreunde in Bremen, München usw. hinreichend bewiesen. Die Neuordnung des Belagerungszustandes wird durch ein Reichsgesetz, ich nehme an in ruhigeren Zeiten, erfolgen. Wir würden uns freuen, wenn die Unabhängigen mit uns daran arbeiten würden, den Belagerungszustand überhaupt überflüssig zu machen. (Zustimmung.)

Hg. Katenstein (Soz.) beantragt, in dem Art. 49 in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die Worte „Ordnung“ zu streichen.

Reichsminister Heine wendet sich gegen den Antrag. Dadurch würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert werden, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen.

Hg. Dr. Gohn (U.S.): Im letzten Grunde handelt es sich für Sie (zu den Sozialdemokraten) doch nur darum, Ihre Gewalt zu mißbrauchen zum Schutze Ihrer Parteiregierung. Es tut not, daß Ihnen endlich einmal die heuchlerische Parteiliebe abgerissen wird.

Art. 49 wird in der Fassung des Vier-Parteienantrags angenommen mit der Einfügung des Wortes „Ordnung“.

Der Antrag Katenstein auf Streichung des Wortes „Ordnung“ wird abgelehnt.

Die Art. 51-53 werden ohne Erörterung angenommen.

Bei Beratung der Art. 54 und 57 beantragen die Deutschen Volksparteier, daß die Minister nicht ausschließlich den Parteien entnommen werden. Der Antrag wird jedoch nach kurzer Beratung abgelehnt und der Artikel in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Ueber den Abschnitt „Reichsruhr“, Art. 61 und folgende, referiert

Hg. Gausmann (Dem.): Der Reichsruhr erschien allgemein notwendig und zweckmäßig. Selbst die äußerste Linke hat eine solche Einrichtung als wünschenswert anerkannt. Hinsichtlich Österreichs, das auch eine Stelle im Reichsrat erhalten sollte, sind unsere Hoffnungen zum Frühjahr durch den gewalttätigen Machtanspruch der das Selbstbestimmungsrecht vernichtet, verhindert worden. Abzüglich haben wir seinen Namen dort stehen lassen. Das soll der Ausdruck unserer fortwährenden Hoffnung auf baldige Erfüllung unseres Wunsches bedeuten und ein wertvolles persönliches Band zu den politischen Persönlichkeiten Österreichs zum Ausdruck bringen.

Ein unabhängiger Änderungsantrag wird abgelehnt.

Der Abschnitt wird ohne weitere Erörterung angenommen bis auf den Art. 62 und 64 bezüglich des Stimmenverhältnisses im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Art. 18 beraten werden sollen.

Ueber den fünften Absatz „Reichsgesetzgebung“ referiert Hg. Koch-Hassel (Dem.).

Bei dem ersten Artikel dieses Abschnittes macht Hg. Gohn (U.S.) eine Einwendung. Da er in längerer Geschäftsordnungsdebatte auf allen Seiten Widerspruch erfährt, begreift er schließlich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Infolgedessen bricht der Präsident die Verhandlungen um 7 1/2 Uhr ab und berät die Weiterberatung auf Montag 8 Uhr.

Berlin, 5. Juli. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, beginnen die Verhandlungen der Nationalversammlung über die Ratifizierung voranschreitend am Mittwoch. Hierbei wird der Reichsminister des Innern, Hermann Müller, zur Rede Lord Georges das Wort ergreifen. Ministerpräsident Bauer wird eine programmatische Erklärung abgeben.

Aus der Partei.

3. Kreis. Als Juristen usw. für den Kreis sind an das Sekretariat, Drücker, „Volkstreu“ Korlsruhe, Luisenstr. 24, zu richten.

Die heftige Sozialdemokratie zur Großherzogshuldung. Auf der Landeskonferenz der heftigen Sozialdemokratie wurde ein Antrag auf ein Nichtausbleiben für die Landtagsfraktion wegen der Genehmigung der Bülliste für den früheren Großherzog mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bekanntlich hat auch die vor zwei Monaten stattgefundene Landeskonferenz der heftigen Sozialdemokratie es abgelehnt, in der gleichen Angelegenheit der badischen Landtagsfraktion ein Nichtausbleiben auszusprechen. Man sieht eben ein, daß es wichtig nicht die Lust am Bewilligen der Abfindung für die früheren Rührer war, welche die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Baden und Sessens zu ihrer Haltung veranlaßte.

L. Nassau, 7. Juli. Morgen, Dienstag, abends 1/8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Generalversammlung der Jugendorganisation statt. Alle jugendlichen Genossen und Genossinnen im Alter von 14 bis 20 Jahren werden gebeten, zu erscheinen, außerdem auch die älteren Parteigenossinnen und Genossen, die Interesse an unserer Jugend haben.

Kommunalpolitik.

Grafen, 23. Juni. Auch hier haben mit der Bürgermeisterwahl am letzten Sonntag die Gemeinderatswahlen ihre Erledigung gefunden. Es wurde im zweiten Wahlgang (der erste Wahlgang brachte kein endgültiges Resultat) der seit letzten Herbst als Erster für den „Lagen wir aus Gesundheitsrückfällen“ aus dem Amte geschiedenen Bürgermeister Zimmermann Gemeinderat Jakob Schütz mit 53 von 56 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Die Gemeinderatswahl, die am 1. Juni stattfand, hatte bei dem

einer Wahlbeteiligung von 80 % das Ergebnis, daß die sozialdemokratische Partei zum ersten mal 2 Genossen als Gemeinderäte auf das Rathaus entsandte.

Die deutsch-demokratische Partei und die deutsch-nationale Partei erhielten je 3 Sitze. Politisch überdurchschnittlich ist auch hier bei den Gemeinderatswahlen ein kleiner Rückgang nach links zu verzeichnen.

Wollen wir hoffen, daß dieser Rückgang nach links zum Nutzen der Gemeinde ausfällt.

Sehr zu bedauern ist, daß viel aus dem Felde heimgekehrte Bürger, die in den letzten Kriegsjahren nicht genug über „den Schwindel“ reflektieren konnten, und sich alsdann als die radikalsten Spartakisten gebärdeten, kaum zutage anelangen, sich für die gut konteraktive Sache wieder ins Schlepptau nehmen lassen. Ja sogar Bahnarbeiter, die der Deutsch-nationalen Partei am allerleichten ihre finanziellen Aufbesserungen zu danken haben, ließen sich als Kandidaten der deutsch-nationalen Partei aufstellen. Man möchte sich an den Kopf greifen und fragen, ob denn diese Leute während den vier ein halbes Jahren Krieg geschlafen haben. Es soll und muß durch unsere neugewählte Gemeindevorwaltung, fundamenteriert durch ein erweiteres Gemeindevorwaltungsrecht, für die Zukunft ein freierer, demokratischer Geist wehen, um all die wirtschaftlichen und sonstigen dringenden Fragen, die ihrer Erledigung harren im Geiste der neuen Zeit erledigen zu können. Es ist aber auch hierzu notwendig, daß die Parteigenossen jederzeit auf dem Damm sind und die neugewählten Gemeindevorordneten und insbesondere die beiden Gemeinderäte tatkräftig unterstützen.

Ottensau i. Burgtal, 5. Juli. Bei den verflochtenen Gemeinderatswahlen ging unsere Partei wie bei allen vergangenen Wahlen wieder als Siegerin hervor. Von den 8 Sitzen erhielt unsere Partei 4, Zentrum 2, Bürgervereinigung 2. Mögen nun die neugewählten Genossen zum Segen der arbeitenden Bevölkerung Ottensaus auf ihrem neuen Arbeitsfeld wirken. Wie wir hören, erfolgt die Vereinfachung schon am Dienstag, 8. Juli, Mannheim, 7. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurden die Bürgermeister Ritter und Dr. Finter fast einstimmig wiedergewählt.

Gewerkschaftliches.

Zum 4. Male: „Aus mit der Herrlichkeit“. Nun kommt auch noch die Hauptleitung Hamburg des Kaufmännischen Vereins von 1868 und schreibt uns folgendes: „Im Jahre 1918 ist kein Kriegsjahresbericht in Höhe von 10 „erhoben worden, sondern er ist für das Jahr 1919 festgelegt. Die Angabe unseres Bezirksvereins Durlach ist also richtig, während die Behauptung Ihres Blattes den Tatsachen nicht entspricht. Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, die Verwaltung des Vereins hätte die Gehaltsforderungen seiner Beamten glatt abgelehnt. Tatsache ist vielmehr, daß die Erfüllung aller Wünsche zugesagt wurde; es bedurfte nur noch der Genehmigung der am nächsten Tage stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung des Vereins, die bereits seit sechs Wochen festgelegt war. Die Behauptung, daß sofort eine außerordentliche Generalversammlung einberufen worden sei, entspricht also gleichfalls nicht den Tatsachen. Auch die Behauptung, daß dem Vorsitzenden Stellberg zweimal ein Nichtausbleiben ausgestellt worden ist, ist nicht wahr. Weder ist der Genannte Vorsitzender, noch wurde ihm ein Nichtausbleiben ausgestellt, die Hauptversammlung sprach vielmehr Herrn Stellberg für uneingeschränktes Vertrauen aus. Schließlich entspricht es nicht den Tatsachen, daß Herr Stellberg eine Katastrophe für den Verein als unvermeidlich bezeichnet, wenn nicht in absehbarer Zeit der Einheitsverband zur Wahrheit würde. Der Genannte hat vielmehr nach den Aufzeichnungen des demographischen Berichtes den Einheitsverband überhaupt nicht erwähnt.“

Nun aber genug des grausen Spiels. Wir haben ja in unserer kürzlichen Entgegnung auf die Durlacher Zuschrift das Nötige gesagt.

Soziale Rundschau.

Die soziale Versicherung und die Kriegsgeldbesitzer. Der Geschäftsbericht der Reichsversicherungsanstalt für das Jahr 1918, der kürzlich erschienen ist, läßt deutlich erkennen, welche Bedeutung die Leistungen der sozialen Versicherung auch für die Kriegsgeldbesitzer und die Kriegshinterbliebenen besitzen. Diese Leistungen sind einmal in den Ausgaben für die Invaliden- und Krankentrenten, für Hinterbliebenenbezüge und für das Heilberfahren enthalten, ohne siffermäßig von ihnen getrennt zu sein. Daneben haben sich aber die Träger der sozialen Versicherung auch unmittelbar an der Kriegswahljahrszusage mit Beträgen beteiligt, die im Jahre 1916 20 Millionen Mark überdritten haben und die auch im Jahre 1918 mehr als 11 Millionen Mark ausmachten. In dieser letzten Summe befinden sich beispielsweise 3 349 068 Mark für die Bereitstellung von Geldmitteln für verwundete u. erkrankte Krieger und ein Betrag von fast der gleichen Höhe für Ehrenrenten an Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern.

L. Nassau, 4. Juli. Der Ortsverein Nassau des Bundes Bad. Beamten- und Arbeitervereine hatte kürzlich eine Mitarbeiterversammlung einberufen, um zu den in letzter Zeit auch hier immer mehr hervortretenden Forderungen auf Einführung einer zweckmäßigen Dienstleistung Stellung zu nehmen. Im Prinzip stimmte man der durchgehenden Arbeitsteilung zwar zu, hielt aber den jetzigen Zeitpunkt für deren lösenden Durchfühung mit Rücksicht auf den heutigen Stand unserer Ernährungsverhältnisse nicht für geeignet. Es wurde beschlossen, an sämtliche Staats- und Gemeindebehörden hier das Ersuchen zu richten, vom kommenden Montag an unter Beibehaltung des bei den staatlichen Behörden eingeführten früheren Dienstleistungsstandes am Samstag Nachmittags einseitlich die Dienststunden im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 8 Uhr zu beginnen zu lassen. Bei einer 14stündigen Mittagspause von 12 bis 14 Uhr im Sommer und von 1 bis 3 Uhr im Winter werden dann die Wärs im Sommer um 4 und im Winter um 5 Uhr nachmittags geschlossen werden.

L. Nassau, 4. Juli. Die Ortsstelle für Geschlechtskrankheiten, kürzlich fand in Baden-Baden eine Sitzung statt, an welcher hauptsächlich Ärzte, Geistliche, Gewerkschaftler, sowie sonstige Männer und Frauen des öffentlichen Lebens teilnahmen, und in welcher über die Errichtung einer Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten in Baden-Baden Mittellungen gemacht wurden. Die Beratung soll kostenlos sein und durch einen Spezialarzt stattfinden, der jedoch keine Praxis ausübt, sondern die Patienten an andere Spezialärzte verweist. Außerdem sollen von Verzeihen aufstehende Beiträge, getrennt für Männer und Frauen, abgefordert werden. Die Presse wird gebeten, keine Annoncen für Kurpflüger mehr aufzunehmen, weil diese die größte Gefahr für die Geschlechtskrankten bedeuten. Die Hauptkosten für die Beratungsstelle in Baden-Baden wird die Landesversicherungsanstalt tragen. Der Patient wird während der Krankheit durch die betr. Ortskrankenkasse Krankengeld gezahlt werden. Hauptgrundlag bei der Beratung soll die strengste Verschwiegenheit sein, denn es ist erwiesen, daß die meisten Geschlechtskrankten aus Scham und Furcht vor Bekanntheit ihrer Krankheit die Inanspruchnahme eines Arztes vermeiden.

Aus der Stadt.

Die Senkung der Preise.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Preisstellen, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet: Um die Abhilfe, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden ist, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände.

Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, soweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufspreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufspreise festzusetzen, wobei die Beachtung folgender Grundzüge dringend empfohlen wird: Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,50 das Kilo, Zuschläge der Gemeinden und Großhändler einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Großhändlers per Kilo zusammen je 20,3, Zuschläge für die Kleinbändler höchstens 30 Pfg. pro Kilo.

Zur Besammlung der Obst- und Gemüsehändler.

Zu dem in Nr. 149 des 'Volksfreund' vom 1. Juli erschienenen Bericht über die Versammlung der Obst- und Gemüsehändler wird uns von zukünftiger Stelle geschrieben: Die Tätigkeit der Geschäftsstelle der Badischen Obstverwaltung wird, wie schon wiederholt bekannt gegeben, von der Regierung überwacht. Erst unlängst ist die Meinliche Treuhandgesellschaft wiederum beauftragt worden, die Abrechnungen, Buchungen usw. zu prüfen.

So wird er dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Den Heilbeseeaufauf hat die Geschäftsstelle wegen der hohen Preise, die von den Sammlern gefordert werden, aufgegeben.

Feuerversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, findet in der 'Krone', Ecke Amalien- und Douglasstraße eine Versammlung der Frauenleitung statt. In derselben spricht Gen. Dr. Hofmeier über 'Schule und Erziehung'. Ferner findet die Wahl der Kinderkommission statt.

Beschlagnahme durch die Volkswehr. Am 5. Juli ds. Js. unternahm die Volkswehr verschiedene Fahrten, wobei beschlagnahmt wurden: In Rosobronn im 'Hirschen' 245 Pfund schwarzeschlachtetes Rindfleisch. In Bretten bei dem Buchbinder Josef Sinner 92 Eimer Fett à 18 Pfund = 1656 Pfund. In Heinsheim kam die Volkswehr gerade noch recht, um die Verschlebung zu verhindern.

Die Versammlung der Putz-, Wasch- und Monatsfrauen vorgetan abend in der 'Krone' war mäßig besucht. Frau Haas sprach in der Einleitung, wie notwendig es ist, daß auch diese Frauen sich zusammenschließen.

Streikfolgen. Die dem Siemenskonzern angehörende Firma Dr. Siemens u. Co. in Berlin-Weißensee, die sich vorwiegend mit der Anfertigung von Elektroden beschäftigt, hat infolge von Kohlenmangel ihren Betrieb still gelegt und der gesamten Belegschaft, welche aus rund 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen besteht, mit gleichlicher Kündigungsfrist gekündigt.

meisungen nehmen jederzeit entgegen: Frau Haas, Lessingstraße 3a, und Frau Hud, Pflanzstraße 16.

Rein Freund der Sozialdemokratie. Zu unserem Artikel unter vorstehender Überschrift in der Nummer vom 1. Mai wird uns von der Direktion der Humboldt-Schule im Namen des ganzen Lehrerkollegiums mitgeteilt, daß die dort aufgestellte Behauptung, eine ganze Anzahl Lehrer hätte das Konferenzzimmer des Herrn Professor Hoffmann wegen gemieden, nicht richtig ist.

Johannisfeier. Der Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Karlsruhe, tritt anlässlich seiner Johannisfeier, die der Ehrung seiner Verbandssubulare und dem Gedächtnis Joh. Gutenbergs geweiht ist, mit einem größeren Konzert vor die Öffentlichkeit. Die Feier findet am nächsten Samstag im großen Festhalla Saal statt.

Konkordatium für Musik. Direktor Hermann Kosi hat das frühere Hotel Lion, Adlerstraße 33, künftlich erworben und für ein Konkordatium umbauen lassen. Dasselbe enthält außer zahlreichen für alle Fächer der Musik eingerichteten Klassenzimmern einen Konzertsaal mit vorzüglicher Akustik, der sich sowohl für solistische, wie auch für Kammermusik-Aufführungen sehr gut eignet.

Überbürgermeisterung. Heute findet hier eine Überbürgermeisterkonferenz statt, die sich mit der Wohnungsfrage, der Tuberkulosefürsorge, der Baupolizei, der Kriegsbeschädigtenfürsorge und der ungeteilter Arbeitszeit beschäftigen wird.

Diebstahl. In der Nacht zum Samstag wurde in einem Laden der Leopoldstraße eingebrochen und daraus ein Zentner Kaffee, 103 Pfund amerikanisches Weizenmehl, 20 Pfund Gahrflocken, 50 Pfund Kunsthonig, 20 Loth Brot, sowie 200 Mk. Wechselgeld in 10, 5, 2 und 1 Pfennigstücken von unbekanntem Täter gestohlen.

Kleine Nachrichten.

Mischtag in ein Munitionslager. In Langenfeld, Bez. Solingen, schlug der Blitz in ein englisches Munitionslager, das in die Luft flog. Wie die Morgenblätter betitelt, wurden dabei 8 englische Soldaten getötet.

Aus dem besetzten Gebiet. Der stellvertretende Regierungspräsident von Wiesbaden, Springorum, ist dem französischen Gericht zu 8 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, da er einen für die Berliner Regierung bestimmten Brief durchzuschmuggeln versuchte.

Streikfolgen. Die dem Siemenskonzern angehörende Firma Dr. Siemens u. Co. in Berlin-Weißensee, die sich vorwiegend mit der Anfertigung von Elektroden beschäftigt, hat infolge von Kohlenmangel ihren Betrieb still gelegt und der gesamten Belegschaft, welche aus rund 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen besteht, mit gleichlicher Kündigungsfrist gekündigt.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Adel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 272 gefallen 3, Rühl 372 gefallen 5, Magau 545 gefallen 10, Mannheim 472 gefallen 7.

Dampf-Waschanstalt Albert Lau. Karlsruhe, Scherrstrasse 10-10a. Fernsprecher nicht mehr 2681, sondern ab 1. Juli 1919 Nr. 731. Uebernahme jeder Art Wäsche. Stärk-Wäsche bei schonender, sachkundiger Bearbeitung.

Pferdefleischverkauf. Einlösung der Marke 2. Beginn: Dienstag, den 8. Juli 1919. Verkaufsstelle A, blaue Karten. Dienstag Nr. 6821-7820 vorm. Nr. 7821-8820 nachm. Mittwoch 8821-9820 9821-10820 Donnerstag 10821-11820 11821-12800

Obst-Verteilung. In den Obstverkaufsgeschäften Nr. 87 bis 132 einschließlich kommen heute, den 7. Juli Kirichen zur Verteilung. Kopfmenge 1 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 1 zum Preise von 75 Pfg. pro Pfund.

Todes-Anzeige. Tieftrauernd geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem viel zu frühen Hinscheiden meines lieben, treuen Gatten, unseres lieben, treubestorgten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels Adolf Wolf Metzger u. Wirt im Alter von nahezu 44 Jahren.

Verband der Schank- und Gastwirte Deutschlands. Todes-Anzeige. Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, bekannt zu geben, daß unser Mitglieb Adolf Wolf un erwartet verschieden ist. Die Feuerbestattung findet Montag, den 7. Juli, nachmittags 1/2 Uhr statt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

mit Luise Kling geb. Binder. von Teufschreuth, Friedr. Anselm von Mannheim, Puffel in Crefeld, mit Johanna Dörlinger von Freiburg-Gaslach, Leopold Glaser von hier, städt. Arbeiter hier, mit Josefine Geierhaas v. Baden, Franz Schmitz v. Ober-Jungheim, Kaufm. in Heidelberg, mit Wilhelmine Schäffler von hier, Friedr. Käfer von Forchheim, Hilfsmonteur hier, mit Rosa Reurentier von Mannheim, Friedrich Hörrer von hier, Schlosser hier, mit Anna Ringelmeier von Pfingsen, Josef Emmerich v. Klefenbach, Geiger hier, mit Wilhelmina Kautzler von hier.

Seite 4. is, daß die mal 2 Ge... Nationala... auch hier... und links zu... um Nutzen... eingeleitete... über den... die radd... gelang, sich... zu nehmen... nationalen... ungen zu... -nationaler... auf greifen... ein Goll... durch unzer... durch ein... ein... barren... ist aber... erarbeitet auf... erordneten... unter... allen ver... 8 Eihen... 2. Wägen... den We... ten. Wie... 3. 8. Juli... er wach... einstimmig... umt auch... reins von... n Kriegs... er ist... kabererins... Slatas... t der We... alsforde... neig, daß... nur noch... orent... eds Wo... e außer... entspricht... ung, daß... um aus... nigen Wo... stellt, die... uein... nicht den... Verein... Zeit der... hat viel... chs den... n ja in... rft das... Der... s Jahr... welche... uch für... beiten... ie An... ge um... ihnen... ger der... wahl... 16 20... Nahe... dieser... ort für... ranke... chreir... Bundes... lieber... h hier... einer... rzin... hielt... hnung... erhält... uldige... , vom... tischen... tagen... 1 Uhr... nigen... 1 bis... r um... haben... haupt... amnes... selbst... ranke... atung... er je... nder... erden... mehr... chs... e in... Der... nken... betra... sen, We... rziges

Die Bürgermeisterstelle
der Gemeinde Gaggenau (ca. 4000 Einwohner) ist durch einen Berufs-bürgermeister neu zu belegen.
Für das Amt geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufes u. der Gehaltsansprüche bis zum 25. Juli anher einreichen. 4779

Der Gemeinderat.
Arbeiter - Jugend Kaffee.
Dienstag abends 1/8 Uhr im Gasthaus zum Anker
Generalversammlung
Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. 4786
Der Vorstand.

Daniels Konfektions-Haus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Voil- und Tüll-Blusen
Seiden- und Luster-Jacken
Seiden- und Rips-Mäntel
Eolenne- und Seiden-Röcke gestrickte Seiden-Jacken.
Aus Reichsware: Jackenkleider, Röcke, Kinderkleider, Blusen.
Keine Ladenspesen.

Musen Kostümröcke, Kinderkleider, Herren Anzugstoffe, Kleider u. Schürzenstoffe.
Billige Preise.

Evertz & Co.
Dirschstr. 38, 1 Tr.

Damen Schneiderin
Sucht Arbeiterinnen u. Lehrmädchen. Auch solche zum weiter ausbilden.
Kittlerer, Rheinstr. 25 pt. Eingangs Ruitstr. 4735

Zwei tüchtige Modell-Schreiner
finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei
Christoph Hajner,
Grödingen, 4731
Modellschreiner mit Maschinenbetrieb.
Tüchtiger

Blechner
per sofort gesucht. 4768
2. Stader, Amalienstr. 4.

Reparaturen
in Gramophone, Sackharmonika sowie allen 4777
Musikinstrumenten
macht eigenhändig billigt
A. Ströhle,
Musikinstrumentenmacher
Durlach, Kirchstraße 9, hinter dem Rathaus.

1 Tisch, 1 Kochtisch, 1 Paar Louren-Stühle Größe 87, zu verkaufen.
Gänker, Gerwigstr. 7 IV.

Schlafzimmer-Einrichtung
Wohnkommode mit Spiegel, Aufsatz, 2 türtiger Schrank, 2 Nachttische, eichen, 1200 Mk.
Küchenmöbel in jeder Farbe, komplett 480 Mk.
Gute Ware, alles neu.
Essenweinstr. 42, S. II., Böfinger. 4516

Holl. Bett, 2 türtiger Schrank, weißer Waschtisch, Kinderbadewanne zu verkaufen.
Rumpf, Leopoldstr. 33, S. I. Et. 4745

Taschenuhren
auch reparaturbedürftig, läuft
An- u. Verkaufsgeschäft
Bevy,
Markgrafenstraße 22.

Strumpf-Verkauf

im Erdgeschoß Beachten Sie unser Schaufenster

- Damenstrümpfe schwarz, 3/4 lang Paar **5.50**
- Damenstrümpfe leder und schwarz, 3/4 lang, kräftig . . . Paar **8.50**
- Damenstrümpfe schwarz, gute Qualitäten Paar **12.50**
- Damenstrümpfe schwarz Mousseline Paar **14.50**
- Damenstrümpfe schwarz u. weiß Flor, Doppelsohle u. Hochferse Paar **16.50**
- Damenstrümpfe schwarz und weiß Flor Paar **19.75**
- Damenstrümpfe reine Wolle, schwarz Paar **23.50**
- Damenstrümpfe lederfarbig, Flor Paar **19.75**
- Damenstrümpfe durchbrochen, schwarz Flor Paar **19.75**
- Damenstrümpfe schwarz, modern bestickt Paar **17.50**

Strümpfe moderne Farben
champagne Paar 17.50 10.90
grau und beige . . . 19.75

Seiden-Strümpfe
schwarz Trama Paar 27.50 **23.50**
weiß und modifarbig Paar **26.50**
Kunstseide 22.50

Flor-Strümpfe in aparten Kleiderfarben

Kinderstrümpfe Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11
schwarz 320 390 450 510 570 630 690 750 825 900 975

Ein Posten durchbrochene schwarze Mädchen-Wadenstrümpfe Paar **4.50 3.90**

Gestrickte **Herrensocken** grau Paar **4.25** **Geschwister KNOPF**

Die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen betr.
Die Unterzeichnung des Friedensvertrages berechtigt uns zu der Hoffnung auf baldige Heimkehr unserer noch in Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen. Um ihnen einen würdigen Empfang bereiten und ihnen den baldigen Wiedereintritt in das bürgerliche und wirtschaftliche Leben erleichtern zu können, müssen wir zunächst die Namen der Kriegsgefangenen kennen lernen, die nach ihrer Heimkehr voraussichtlich in unserer Stadt den Wohnsitz nehmen werden.
Zu diesem Zweck werden auf allen Polizeiwachen und den Gemeindefretariaten der Vororte vom 10. Juli an Fragebogen ausgegeben. Wir bitten die Angehörigen der Kriegsgefangenen (auch Zivilinternierte), die Fragebogen alsbald dort zu erheben, sie zu beantworten und sodann vom 15. bis 25. Juli 1919, vormittags von 9-12 Uhr oder nachmittags von 3-5 Uhr

Kühler Krug
Karlsruhe
Vor-Anzeige für Freitag, den 18. Juli
Frankfurter Künstler-Quartett
Mitglieder der Oper zu Frankfurt am Main
Besitzer des Kunstscheines 4779
laden zu einem gemütlichen Abend ein :-:
Vorverkauf im Kühler Krug
I. Platz Mk. 2.30, II. Platz Mk. 1.50 mit Lustbarkeits-Steuer.

in der Geschäftsstelle der „Kriegsgefangenenheimkehr“ der Stadt Karlsruhe, Zirkel 33 (Erdgeschoß Ecke Derrnstraße), abgegeben oder durch die Post dorthin zu senden. Auf die genaue Beantwortung aller Fragen müssen wir Wert legen. Wir bitten darum, die Fragebogen auf der Geschäftsstelle durch eine erwachsene Person abgeben zu lassen, die in der Lage ist, etwaige zur Ergänzung der Fragebogen notwendige Auskünfte über den Kriegsgefangenen zu erteilen.
Karlsruhe, den 5. Juli 1919. 4772
Der Ausschuss für Kriegsgefangenenheimkehr der Stadt Karlsruhe,
Siegfried, Oberbürgermeister, Vorsitzender.
Demminger.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
5 Ziehungen mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über 4768
72 Millionen Mark.
Erneuerungs- und 1/2 1/4 1/2 1/4
Kauflose I. Klasse kost. 5.25 10.50 21.- 42.-
Lose für alle Klassen, 26.25 52.50 105.- 210.-
Ziehung I. Klasse 15. und 16. Juli 1919.
Lose in großer Auswahl vorrätig bei
Lotterie-Einnehmer **Pecher, Zirkel 30**
Gewerbe- u. Fortschubauß, gegenüb. d. Bad. Post

Für einen größeren
Lumpen-Sortier-Betrieb
in Mannheim wird eine geübte
Wolle-Nach-Sortiererin
in dauernde Stellung gesucht.
Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Nr. 4733 an das Volksfreundbüro erbeten.

Soziald. Verein Karlsruhe.
Bezirk Oststadt.
Die neugewählten Kommissions-Mitglieder werden zu einer wichtigen
Besprechung
auf Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in den „Georg Friedrich“, eingeladen. 4784
Pünktliches Erscheinen wird gewünscht.
Der Obmann.

Soziald. Verein Karlsruhe.
Frauen-Sektion.
Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in der „Krone“, Ede Amalien- und Douglasstraße
Frauen-Versammlung
1. Vortrag des Genossen Dr. Hoffeins über: **Schule und Erziehung.**
2. Wahl der Kinder-Schutzkommission.
Hierzu laden wir die Genossinnen mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst ein. 4783
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
— Verwaltung Karlsruhe. —
Donnerstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, findet in der Brauerei Schrempf, Waldstr. 16, Saal III eine
Mitgliederversammlung
statt.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht über die Sanierung der Götterrieder aus Stuttgart. 3. Junere Verbandsangelegenheiten. 4781
Wir erlauben um zahlreiches Besuch und bitten die Kollegen auf die Zusammenkunft aufmerksam zu machen.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Fleischer u. Berufsgenossen Deutschlands
:: Ortsgruppe Karlsruhe. ::
Donnerstag, den 10. Juli, abends 1/8 Uhr im Gasthaus „Weißer Löwe“, Kaiserstraße 27, findet eine
öffentliche Metzger-Versammlung
statt, wozu unsere werthen Mitglieder und sämtliche Metzgerarbeiten freundlichst einladet 4778
Die Geschäftsleitung.
Büro: Kaiser-allee 67 II.

Bruderbund (Gem. Chor)
Dienstag, abends 8 Uhr
Württemberger Hof
Mühlstraße
außerordentliche Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
Selbstständigmachung des Gem. Chor. — Dirigentenfrage. — Verschiedenes.
Zu allseitigem Erscheinen ladet ein **Der Vorstand.**

Kirchlich-Liberale Vereinigung
(Ortsgruppe Karlsruhe).
Montag, den 7. Juli abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Rathsaal ein Vortrag von Stadtpfarrer D. Heibel über:
Die Zukunft unserer evang. Landeskirche und der kirchliche Liberalismus.
Jedermann ist freundlich eingeladen. 4767
Der Vorstand.

Städtisches Konzerthaus.
Spielplan vom 8. bis 13. Juli.
Im Konzerthaus. Dienstag den 8. „Klein auf der Leiden“ 7 1/2. — Mittwoch 9. „Frühlingssinfonie“ 7 1/2. — Donnerstag 10. „Bruder Straubinger“ 7 1/2. — Freitag 11. „Gardasfürstin“ 7 1/2. — Samstag 12. „Bruder Straubinger“ 7 1/2. — Sonntag 13. „Bruder Straubinger“ 7.

la Fußbodenöl Friedens-ware
markenfreies Waschlauge
Schmierseife, Bodenwachs etc.,
in jeder Menge lieferbar, auch nach auswärt.
Schultze, Kaiserpassage 6
Telephon 2199.
Vertreter für hier und auswärts gesucht.

Keine Wanze mehr für Mk. 2.—
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden.
Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.
Doppelpack M. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett.
Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 72.
Drog. Rud. W. Lang, Kaisersstr. 74.
Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärt durch
Herm. A. Graessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Kaufmanns-Lehrlinge
werden zum Eintritt für August/September gesucht. 4770
Bewerber mit dem einjährigen-Berechtigungschein wollen sich unter Vorlage eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und des letzten Schulzeugnisses melden.
Städt. Arbeitsamt
Jägerstraße 100.
Lehrlings-Abteilung — Zimmer 2.